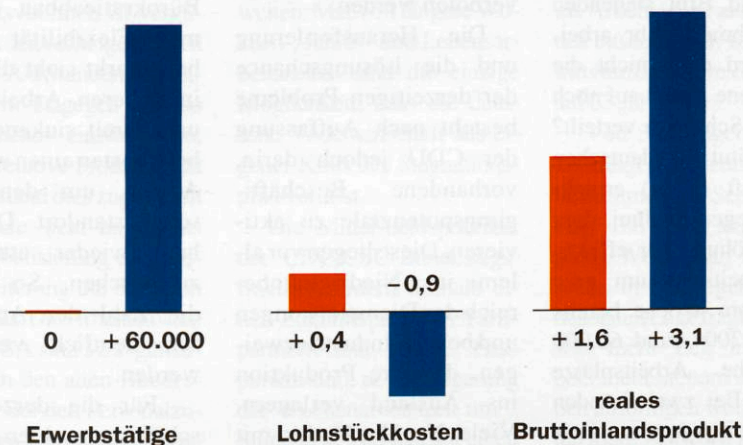


## F a k t e n u n d A r g u m e n t e

Entwicklung 2004, wenn in Deutschland ab Juli 2003

■ die Wochenarbeitszeit gleich bleibt

■ die Wochenarbeitszeit um 1 Stunde erhöht wird



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Juni 2003)

## Mehr Arbeit für mehr Arbeitsplätze

„Es ist nach meiner Auffassung falsch, die längeren Arbeitszeiten im Osten den kürzeren im Westen anzupassen. Richtig wäre es, die West-Arbeitszeiten denen im Osten anzupassen,“ so Angela Merkel.

Mit dieser Aussage hat die Vorsitzende der CDU Deutschlands eine breite gesellschaftliche Debatte angestoßen. Dabei geht es nicht in erster Linie um eine Ost-West-Frage, sondern

*Fortsetzung auf Seite 2*

### INHALT

LAURENZ MEYER:  
4,3 Mio. Arbeitslose –  
trotz geschöner Statistik  
SEITE 5

VOLKER KAUDER:  
2004 muss das Jahr  
der Föderalismusreform  
werden  
SEITE 11

Fortsetzung von Seite 1  
um einen Wachstumsimpuls für ganz Deutschland.

## Wachstum und Arbeitsplätze

Mehr Wachstum schafft letztlich mehr Arbeitsplätze. In der öffentlichen Debatte wird dazu gefragt: Wie können mehr Arbeitsplätze entstehen, wenn die schon in Lohn und Brot stehenden Arbeitnehmer mehr arbeiten? Wird dann nicht die vorhandene Arbeit auf noch weniger Schultern verteilt? Das Institut der deutschen Wirtschaft (Köln) errechnete dagegen im Juni, dass eine Erhöhung der effektiven Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche bereits im Jahr 2004 rund 60.000 zusätzliche Arbeitsplätze brächte. Bei zwei Stunden Mehrarbeit wären es sogar 100.000. Die Öffentliche Hand würde über 12 Mrd. € mehr einnehmen und die Sozialversicherungen um mehr als 1 Mrd. € entlastet. Trotz dieser Zahlen stoßen die Ideen auf Widerstand.

## Aktivierung von Wachstumspotential

Ausgangspunkt vieler Gegner einer Arbeitszeitverlängerung ist das Verständnis von Arbeit als eine konstante Größe, die lediglich auf mehr oder weniger Schultern verteilt werden könne. Deswegen müssten die Arbeitszeit reduziert und Überstunden verboten werden.

Die Herausforderung und die Lösungschance der derzeitigen Probleme besteht nach Auffassung der CDU jedoch darin, vorhandene Beschäftigungspotenziale zu aktivieren. Diese liegen vor allem im Niedriglohnbereich der Dienstleistungen und bei den Industriezweigen, die ihre Produktion ins Ausland verlagern. Viele Nachbarländer mit vergleichbarem technischem Fortschritt waren weitaus erfolgreicher als Deutschland. Hierzulande ist Arbeit zu teuer, der Arbeitsmarkt zu unflexibel und der Anreiz, auch we-

niger gut bezahlte Jobs anzunehmen, zu gering. Im Ergebnis ist die Schwarzarbeit die einzige „Boombbranche“ in Deutschland mit hohen Wachstumsraten. Dies zeigt: Zusätzliche Arbeit ist vorhanden.

## Wirtschaftsstandort Deutschland

Neben konsequentem Bürokratieabbau und mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt sieht die CDU in höheren Arbeitszeiten und damit sinkenden Arbeitskosten einen weiteren Ansatz, um den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder attraktiver zu machen. So könnte die Zahl der Arbeitslosen deutlich verringert werden.

„Für die derzeit Beschäftigten zahlen sich die Anstrengungen zwar nicht in Euro und Cent aus. Dafür wird aber ihr Arbeitsplatz sicherer“, heißt es in der Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft.

IMPRESSUM

**UID**

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdud.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333, Vertrieb: Tel. 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-mediencentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



HARTMUT SCHAUERTE:

# Längere **Arbeitszeiten** sind notwendig

**Der gescheiterte Arbeitskampf in der ostdeutschen Industrie hat gezeigt, dass die alte Gewerkschaftsideologie der Verkürzung und Umverteilung von Arbeit kein Weg aus der Wirtschaftskrise ist.**

Wir arbeiten nicht zu viel, sondern zu wenig. Das Jahresarbeitsvolumen ist verglichen mit den sechziger Jahren um rund 700 Stunden zurückgegangen. Dagegen war so lange nichts einzuwenden, wie die relative Produktivität zum Ausland dies zugelassen hat. Heute sieht angesichts von Globalisierung und EU-Osterweiterung die Situation anders aus. Die Arbeitskosten in den USA sind 12% günstiger als in den alten Bundesländern. Bei den Personalzusatzkosten beträgt der Unterschied sogar 50%. In keinem

anderen Land kommen die Menschen so spät ins Erwerbsleben und gehen so früh in Rente. Das kostet Wachstum und bringt die Sozialsysteme einer alternden Gesellschaft zum Bersten. Eines also ist sicher: Über kurz oder lang müssen wir hierzulande das Arbeitszeitvolumen ausweiten. Maßvoll längere Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeiten sind die einzige Möglichkeit, dass die deutsche Volkswirtschaft aus eigener Kraft des Stagnationspfad verlässt.

Die Mittelstandspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern deshalb einen Zukunftspakt von Tarifpartnern und Politik. Eckpunkte sind: ■ Verlängerung der Wochenarbeitszeit um 2 Stunden ■ Verzicht auf einen Urlaubstag ■ Stopp aller

Frühverrentungsprogramme  
 ■ Verpflichtung der Arbeitgeber, die längeren Arbeitszeiten und die höhere Wertschöpfung nicht zum Beschäftigungsabbau zu missbrauchen ■ Mittelfristige Verkürzung der Ausbildungszeiten: junge Menschen müssen ein Jahr früher ins Arbeitsleben ■ Erhöhung des tatsächlichen Renteneintritts um drei Jahre von jetzt 60 auf 63 Jahre

Von 365 Tagen im Jahr verbringt ein deutscher Arbeitnehmer im Schnitt 52% oder 186 Tage am Arbeitsplatz. Wenn man die Menschen in der gegenwärtigen desolaten Lage fragt, ob sie etwas mehr Zeit investieren oder mehr Steuern und Abgaben aufbringen wollen, lautet die klare Antwort: Mehr Zeit statt weniger Geld!

## STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT

Der Präsident des Industrie- und Handelskammertages, Ludwig Georg Braun, forderte im Kölner „Express“, die Arbeitszeitregelungen zu flexibilisieren. 40 statt beispielsweise 37 Stunden im Durchschnitt seien zumutbarer als geringere Einkommen. Auch Arbeitge-

berpräsident Dieter Hundt monierte, dass in deutschen Betrieben im internationalen Vergleich zu wenig gearbeitet werde. Zugleich forderte er flexiblere Arbeitszeitmodelle. Viktor Steiner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung sieht in dem Rückgang des Ar-

beitseinsatzes einen entscheidenden Faktor dafür, dass die deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich zurückgefallen ist. Wegen des Bevölkerungsrückgangs müsse die Arbeitszeit verlängert werden, damit die Wirtschaft aus diesem Tal herauskomme.

# Längere Arbeitszeiten sichern Zukunft

Der Bundesvorsitzende der Senioren Union, Otto Wulff, hat die Äußerung der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel, die Menschen müssten sich darauf einstellen, „ein oder zwei Stunden pro Woche länger zu arbeiten“, begrüßt.

Die „künstliche Aufgeretheit“, die darüber zum Beispiel im DGB herrsche, sei ihm „ganz und gar unverständlich“, erklärte Wulff. „Angela Merkel hat nicht mehr als eine Binsenweisheit formuliert. Als in Deutschland noch länger gearbeitet wurde, hatten wir Vollbeschäftigung – mit jeder Verkürzung der Arbeitszeit jedoch ist die Arbeitslosigkeit langfristig angestiegen. Schon diese Beobachtung hat das Argument widerlegt, eine Ver-



kürzung der Arbeitszeit schaffe Arbeitsplätze.

Gerade wir Älteren wissen aus Erfahrung: Richtig ist, dass die Arbeitslosigkeit nur abgebaut werden kann, wenn Deutschland wieder international wettbewerbsfähig wird. Mehrwert entsteht durch mehr und durch bessere Arbeit. Natürlich ist den Menschen mehr Freizeit zu gönnen. Wenn aber in der ganzen Welt länger als in Deutschland gearbeitet wird, können wir nicht ab-

seits stehen. Die Wirklichkeit zwingt zum Umdenken. Wunschdenken bringt uns nicht weiter.

Für die ältere Generation in Deutschland ist dies im Übrigen auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wer mehr als 40 Jahre in die sozialen Sicherungssysteme bei weitaus höherer Wochenarbeitszeit als sie jetzt verlangt wird eingezahlt hat, wer von heutigen Urlaubsregelungen nur träumen konnte – der reagiert besonders sensibel, wenn die gegenwärtigen Probleme auf Kosten der Rentner, nicht aber durch Anstrengungen der aktiven Erwerbsgeneration gelöst werden sollen. Eine Freizeit- und Spaßgesellschaft wird den Aufschwung nicht schaffen.“

## GÜNTER KRINGS, JUNGE GRUPPE, BUNDESTAGSFRAKTION:

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die längere Wochenarbeitszeit in Ostdeutschland sich zu einem echten Standortvorteil entwickelt hat. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen werden alle Erwerbstätigen in Zukunft mehr arbeiten müs-

sen, um unseren Wohlstand zu sichern. Wenn immer weniger Erwerbstätige die soziale Absicherung von immer mehr Rentnern übernehmen, dann kann das nur über eine quantitative und qualitative Steigerung der Arbeitsleistung geschehen. Dass Mehrarbeit die Wirt-

schaft ankurbeln kann, zeigen auch die Wirtschaftsprognosen für 2004. Allein der Umstand, dass zwei gesetzliche Feiertage im nächsten Jahr auf Wochenenden fallen, führt nach Ansicht von Wirtschaftsexperten zu einem ca. 0,5% höheren Wirtschaftswachstum.



LAURENZ MEYER:

## 4,3 Millionen Arbeitslose – trotz geschöner Statistik

**Mehr als 4,3 Millionen Menschen waren im August in Deutschland arbeitslos – noch einmal fast 300.000 Menschen mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres.**

Noch deprimierender ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt. Noch immer suchen 113.000 Jugendliche eine Lehrstelle – das sind fast doppelt so viele als noch vor einem Jahr. Die ganze Dramatik wird aber erst deutlich angesichts der Tatsache, dass die Zahl der Erwerbstätigen nach Angaben des Statistischen Bundesamts innerhalb des vergangenen Jahres um 622.000 gesunken ist. Hier zeigt sich, in welchem Ausmaß die Bundesanstalt für Arbeit statistische Korrekturen vornimmt.

Doch Schröder und Fischer interessiert all das nicht. Während immer mehr Menschen in Deutschland verständlicherweise Angst um ihre Zukunft haben, sind der Kanzler und sein Vize vor allem mit der eigenen Karriereplanung beschäftigt. Dass sie 2006 noch einmal antreten wollen, klingt



für die Menschen in Deutschland wie eine Drohung. Denn seit Rot-Grün regiert, geht es mit diesem Land nur noch bergab.

Schröder macht Politik allein für die Schlagzeilen. Wenn es um „Florida-Rolf“ und rund 1000 weitere Sozialhilfeempfänger im Ausland geht, hat die Bundesregierung sofort einen Gesetzesentwurf parat. Wenn dagegen das Schicksal von 4,3 Millionen Arbeitslosen auf dem Spiel steht, bewegt sich fünf Jahre lang nichts. Genau vor einem Jahr versprach Hartz, die Arbeitslosenzahl zu halbieren. Tatsächlich ist die Zahl seitdem noch einmal um 300.000 gestiegen.

Anstatt sich über ihre eigene berufliche Zukunft Gedanken zu machen, sollten Schröder und Fischer end-

lich die Probleme dieses Landes anpacken. Was wir vor allem brauchen, ist eine grundlegende Reform des Arbeitsmarktes. Dazu gehört auch die Einsicht, dass die Deutschen wieder mehr arbeiten müssen, damit die Arbeitskosten insgesamt sinken. Nur so werden in Deutschland mittelfristig wieder mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze entstehen. Zudem ist es dringend notwendig, anstelle des erstarrten Flächentarifs betriebliche Bündnisse zu erlauben. So wären die Betriebe jedenfalls in der Lage, die kurze Arbeitszeit effektiv zu nutzen. Die Koalition sollte endlich ihre starre Ablehnung gegenüber den Vorschlägen der Union zur Reform des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme sowie zur Einführung eines Niedriglohnssektors aufgeben.

Der unappetitliche Begriff, mit dem der Kanzler jüngst den grünen Koalitionspartner belegt hat, dürfte aus Sicht der 4,3 Millionen Arbeitslosen wohl eher auf die rot-grüne Arbeitsmarktpolitik zutreffen.

## Am Arbeitsmarkt **nichts Neues**

**Eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin nicht in Sicht, insbesondere die Zahl der Erwerbstätigen hat saisonbereinigt merklich abgenommen, was langfristig, beispielsweise für die Sozialversicherungssysteme, erheblich schwerer wiegt als eine vorübergehend hohe Zahl von Arbeitslosen.**

Die mit großem Pomp von der Regierung vor einem Jahr verkündeten und eingeführten Hartz-Reformen (Personal-Service-Agenturen, Ich-AG, Job-Floater usw.) erzielen praktisch keine Effekte. Das einzige Instrument, das beinahe 1 Mio. neue Beschäftigungen erzielt hat,

sind die Mini-Jobs – und die stammen von CDU und CSU.

Herr Clement ist daher gut beraten, bei den Beratungen im Vermittlungsausschuss über Hartz III (Umgestaltung der Bundesanstalt) und Hartz IV (Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe), den Gegenvorschlägen der Union zu folgen: ■ Abschaffung der PSA und strikte Deregulierung der Zeitarbeit (BT Drs. 15/1182) ■ Einführung von betrieblichen Bündnissen für Arbeit, um in Notlagen von geltenden Tarifverträgen mit dem Ziel der Arbeitsplatzsicherung abzuweichen (BT Drs. 15/1182) ■ Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von derzeit

6,5% in Stufen auf 5% (BT Drs. 15/1182) ■ Abschaffung von ABM und SAM (Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen) im Westen (BT Drs. 15/1182) ■ Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe bei den Kommunen als Träger der neuen Leistung (Gesetzentwurf der CDU/CSU wird am 11.09.2003 in den Bundestag eingebracht) ■ Einführung eines geförderten Niedriglohnbereichs mit dem Ziel, innerhalb der nächsten 10 Jahre bis zu 2 Millionen neue Beschäftigungen zu schaffen (Gesetzentwurf der CDU/CSU wird am 11.09.2003 in den Bundestag eingebracht).

### ROT-GRÜNE AUSBILDUNGSOFFENSIVE GESCHEITERT

**Katherina Reiche bildungs- und forschungspolitische Sprecherin, Bundestagsfraktion:**

167 640 Jugendliche sind noch unversorgt und suchen bis zum 30. September eine Lehrstelle. Dies ist ein trauriger Nachkriegsrekord. Seit die Bundesanstalt für Arbeit Statistiken führt, war die August-Zahl noch nie so schlecht wie unter Rot-Grün.

Selbst wenn man die 54.600 noch offenen Ausbildungsstellen gegen rechnet, fehlen 113.100 Ausbildungsplätze. Mit millionenschweren PR-Kampagnen spielt die Bundesregierung Handlungsfähigkeit vor. Die von Rot-Grün angedrohte Ausbildungsplatzabgabe schafft mehr Bürokratie, aber keine Ausbildungsplätze. CDU/CSU fordert die Bundesre-

gierung auf, das Berufsbildungsgesetz umgehend zu novellieren. Der erste Lehrstellenmarkt muss gestärkt werden. Das Berufsbildungsrecht ist so zu reformieren, dass die Berufsausbildung wieder stärker an betrieblichen Aufgaben und Arbeitsprozessen orientiert wird. Die Betriebe müssen mehr Eigenverantwortung bei der Ausbildung erhalten.



# EU-Beitritt der **Türkei** unrealistisch

Die CDU betrachtet den EU-Beitritt der Türkei weiterhin „skeptisch“. Nach einem Gespräch mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan sagte Angela Merkel, die „Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union“ werde durch eine türkische Vollmitgliedschaft zum jetzigen Zeitpunkt „überfordert“.



Bei seinen Ausführungen wies Ministerpräsident Erdogan darauf hin, dass sich die wirtschaftlichen Parameter in der Türkei äußerst positiv entwickelt hätten. Allein in den vergangenen Monaten seien vier wichtige Reformpakete durchgesetzt worden. Insgesamt habe sich durch den Reformprozess die Mentalität der Türken hin zu mehr wirtschafts- und finanzpolitischer Disziplin verändert. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion betonte, sie sei von den „Bemühungen, Anstrengungen und Ergebnissen“ der bisher umgesetzten Reformen in der Türkei „beeindruckt“. Neben den „Kriterien, die die Türkei erfüllen muss“, sei jedoch die Aufnahmefähigkeit der EU ein entscheidender Punkt. Ange-

sichts des Beitritts von zehn ost- und mitteleuropäischen Staaten, der damit einhergehenden finanziellen Herausforderungen und der wirtschaftlichen Unterschiede sehe die CDU diese Aufnahmefähigkeit derzeit nicht. Dies habe jedoch nichts damit zu tun, dass die Türkei ein islamisches und Deutschland ein christlich geprägtes Land sei.

## Europawahlkampf

Mit Blick auf den Europawahlkampf im kommenden Jahr machte Angela Merkel deutlich, dass Themen, die die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland beschäftigen, „natürlich“ auch im Wahlkampf thematisiert werden. Darauf hätten die Bürgerinnen und Bürger

ein Recht. Dies werde aber sehr verantwortungsvoll im „Geiste der Freundschaft“ zwischen Deutschland und der Türkei geschehen, versprach Angela Merkel.

Ungeachtet der bestehenden Meinungsunterschiede dankte die Oppositionsführerin dem türkischen Ministerpräsidenten für das freundschaftliche Gespräch und plädierte für noch engere Beziehungen zwischen beiden Ländern. Zugleich nahm Angela Merkel die Einladung des Ministerpräsidenten zu einem Besuch in der Türkei an. Bei dieser Gelegenheit soll der Dialog zwischen CDU und AKP (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei) vertieft und geprüft werden, ob beide Parteien in der europäischen Parteienfamilie zusammenarbeiten können.

## Soforthilfe für die Kommunen

**Die Vorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und Edmund Stoiber, haben sich für eine Verfassungsänderung ausgesprochen, um die Finanzbasis der Kommunen dauerhaft zu sichern.**

Ein neuer Grundgesetzartikel 106b soll die Grundlage dafür schaffen, dass die Langzeitarbeitslosen künftig von Städten und Gemeinden vermittelt und betreut werden können, sagte die Vorsitzende der CDU Deutschlands nach einem Gespräch mit den drei kommunalen Spitzenverbänden. Die Bundesregierung hat für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen die Bundesanstalt für Arbeit vorgesehen. „Wir wollen verhindern, dass bei einer unfähigen

Bundesanstalt für Arbeit nun auch noch ein unfähiges Bundessozialamt gegründet wird“, sagte Angela Merkel. Sie kündigte an, dass die Bundestagsfraktion auf Grundlage eines hessischen Entwurfs für den Bundesrat und eines Beschlusses der Präsidien von CDU und CSU zur Soforthilfe der Kommunen ein eigenes Gesetz in den Bundestag einbringen werde.

Edmund Stoiber bezeichnete es als „bedrückend“, dass die Bundesregierung in Sachen Kommunalfinanzen jetzt schon fünf Jahre lang „nichts zustande gebracht“ habe. In diesem Zusammenhang verwies Stoiber auf das „Sofortprogramm“ der Union. Darin sprechen sich CDU und CSU dafür aus, die

Gewerbesteuerumlage von 28 auf 20 Prozent zu senken. Dies bringe den Kommunen Mehreinnahmen in Höhe von 2,3 Mrd. Euro. Außerdem soll der Anteil der Städte und Gemeinden an der Umsatzsteuer von 2,2 auf drei Prozent erhöht werden. Diese Maßnahme würde weitere 1,1 Mrd. Euro in die kommunalen Kassen spülen. Auf der Ausgabe-seite müssten die Kommunen bis zu 2,6 Mrd. einsparen, forderte der Ministerpräsident.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßte das Sofortprogramm der Union. Die Pläne von Rot-Grün seien „vollkommen unbrauchbar“, sagte Geschäftsführer Gerd Landsberg.

### KERNFORDERUNGEN DER UNION

■ Die Kommunen brauchen noch 2003 und 2004 Soforthilfen: 2,3 Mrd. € mehr durch Absenkung der Gewerbesteuerumlage und 1,1 Mrd. € zusätzlich durch Anhebung des Umsatzsteueranteils von 2,2 % auf 3 %. ■ Umgehend wird eine umfassende Gemeindefinanzreform in Angriff genommen, die über die Reform von Gewerbesteuer und Arbeitslosen- und Sozialhilfe hinaus-

geht. Deshalb kann die Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils ausdrücklich befristet werden.

■ Die Kommunen sollen für die Jobcenter zuständig werden. Sie können es besser als die krisenhafte Bundesanstalt für Arbeit. Die Union steht für starke Kommunen und will diese Aufgabe nicht zentralstaatlich und bürokratisch lösen. Ein vorliegender Gesetzentwurf (Existenz-

grundlagengesetz) wird in den Bundestag eingebracht.

■ Der Bund trägt den Hauptanteil an der Finanzierung des Arbeitslosengeldes II und der Jobcenter. Die Kommunen werden verfassungsrechtlich gegen Kostenverlagerung geschützt. Die Belastungsverchiebungen zwischen den Ländern und unterschiedlichen Gemeindetypen werden seriös berechnet und ausgeglichen.



# Nachhaltigkeit und Innovation

**In der Umweltpolitik setzt die Union auf die Verbindung von Nachhaltigkeit und Innovation und sieht daher in der Förderung nachwachsender Rohstoffe ein wichtiges Zukunftsthema.**

Vor diesem Hintergrund veranstaltete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 4. September 2003 ein Forum zum Thema „Multitalent Nachwachsender Rohstoff“ unter Beteiligung hochrangiger Experten und Politiker.

In seiner Rede anlässlich des Forums der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstrich Generalsekretär Laurenz Meyer die Bedeutung nachwachsender Rohstoffe für den Klimaschutz, aber auch mit Blick auf die Endlichkeit der fossilen Ressourcen. Die Förderung ihrer vielfältigen Verwendungsmöglichkeit sei ein wichtiges Anliegen der Union. Er erinnerte daran, dass die entscheidenden Weichen bereits Anfang der 90er Jahre von der damaligen unionsgeführten Bundesregierung mit der Befreiung von der Mineralölsteuer für biogene Treibstoffe gestellt wurden.

„Neben den umwelt- und energiepolitischen Begrün-



**CDU/CSU**  
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

dungen sehe ich als weiteren wichtigen Aspekt für die Politische Unterstützung der nachwachsenden Rohstoffe deren Bedeutung für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum“, sagte Laurenz Meyer vor rund 150 Teilnehmern in der Bayerischen Landesvertretung in Berlin.

Voraussetzung für den Anbau nachwachsender Rohstoffe seien jedoch intakte landwirtschaftliche Betriebe. Meyer kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die rot-grüne Bundesregierung mit ihrer landwirtschaftsfeindlichen Politik seit ihrem Amtsantritt im Jahr 1998 kontinuierlich zu einem massiven Höfesterben beigetragen und vielen gesunden Betrieben die Substanz genommen habe. Darüber hinaus werde der Erneuerbare-Energie-Sektor durch die Ökosteuer mit rund 700 Mio. € belastet, erhalte über das Marktanzreizprogramm aber nur rund 230 Mio. € zurück.

„Ich fordere deshalb die Bundesregierung auf, unseren Landwirten endlich die

Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ihnen erlaubt, ihre Betriebe zukunftsfähig zu machen und ein klares Konzept für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe vorzulegen“, so Generalsekretär Meyer. Die gesamte Gesetzgebung – angefangen von der Umsetzung der EU-Hygienerichtlinie bis zum Kreislaufwirtschaftsgesetz müsse daraufhin überprüft werden, inwieweit dort unsinnige Vorschriften für die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen existieren und diese umgehend beseitigen werden. Er versicherte, dass die Landwirtschaft und die beteiligten Bereiche für diese zukunftssträchtige Technologie auch in Zukunft die Union an ihrer Seite haben werde.

[http://](http://www.cdu.de)

Download des Positionspapiers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Forum Nachwachsende Rohstoffe“ auf [www.cdu.de](http://www.cdu.de) unter Politik A-Z, Stichwort „Umweltpolitik“

## Neuer Generalsekretär gewählt

„Es war ein schönes Glücksgefühl, als nach der Landtagswahl am 2. Februar um 18 Uhr die erste Prognose kam und „der schwarze Balken oben aus dem Fernseher herauszulaufen schien“.“

Dieses Geständnis legte der aus dem Amt scheidende Generalsekretär der CDU Niedersachsen, David McAllister, in seinem ersten und auch letzten Rechenschaftsbericht vor dem Parteitag der Niedersachsen-CDU in Cuxhaven ab. Nach sechs Monaten Doppelbelastung als Generalsekretär und Fraktionsvorsitzender im Niedersächsischen Landtag übergab McAllister den neuen Generalsekretär, den Vorsitzenden des Bezirksverbands Lüneburg Friedrich-Otto Ripke.

Der mit der überwältigenden Mehrheit von 95,71% neu gewählte Generalsekretär kündigte an, dass er vor allem dafür sorgen werde, „dass sich die Partei während ihrer Regierungszeit nicht zurücklehnt.“ Die CDU müsse auf die „leisen Töne“ aus der Bevölkerung hören, sagte Friedrich Otto Ripke. Außerdem wolle er die Arbeit der



Regierung kritisch begleiten und mithelfen, politische Entscheidungen in der Öffentlichkeit optimal zu vermitteln. Zum Sparpaket der Landesregierung gebe es keine Alternative, betonte auch der neue Generalsekretär. „Dabei müssen wir den Leuten deutlich machen, dass wir konsequent und in allen Bereichen sparen. Dann werden wir auch eine Chance haben, die Bevölkerung zu überzeugen“, meinte Ripke. „Ich kann gut nachvollziehen, dass angesichts der bevorstehenden Veränderungen bei einigen große Ängste entstehen.“

„Nach 13 Jahren ist das wieder ein Parteitag in Regierungsverantwortung. Niedersachsen ist wieder in guten Händen“, zog Christian Wulff in seiner Parteitagsrede eine Bilanz nach den ersten sechs Monaten Regierungsverantwortung. In der

Arbeitslosenstatistik habe sich das Land auf Platz 5 verbessert, und als einziges Bundesland habe Niedersachsen im ersten Halbjahr 2003 weniger Defizit als im Vorjahreszeitraum 2002, meldete Christian Wulff als Erfolg seines vehementen Sparkurses. Dieser sei notwendig, wenn das Land nicht Pleite gehen wolle.

„Fleiß, harte Arbeit, Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit nannte der Ministerpräsident als Markenzeichen seiner Regierung, die Ernst machen werde mit Bürokratieabbau und mehr Eigenverantwortung für die Bürger. Beim Kurs der rot-grünen Bundesregierung wurde Wulff deutlich: „Die Bürger auf den Tribünen denken an Spielabbruch. Und anstatt nun besser zu spielen, rufen die Spielführer nach einer Verlängerung“, kommentierte er die Ankündigung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer, auch 2006 kandidieren zu wollen. Noch nicht ein Gesetz sei seit der Ankündigung großer Reformen in der Arbeitsmarktpolitik zustande gekommen, ging Wulff hart mit Rot-Grün ins Gericht.



VOLKER KAUDER:

## 2004 muss das Jahr der Föderalismusreform werden

**Die Kommission zur „Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung“ – zum Teil seit Jahrzehnten gefordert, um das föderale System zu reformieren – wird nun eingesetzt werden.**

Thematisch geht es um die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern, die Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung über den Bundesrat und die Überprüfung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Die Kommission wird aus den beiden Verfassungsorganen Bundestag und Bundesrat gebildet, zugleich aber mit beratenden Gastmitgliedern verstärkt werden, die aus Bundesregierung, Landtagen, Kommunen und Wissenschaft ihre Expertise einbringen sollen. Dies ist ein grundsätzlich positives Signal, setzt jedoch die neue Kommission unter großen Erfolgswang. Sollte diese Arbeit nicht zu einem wirklichen Reformergebnis, zu einem „großen Wurf“ werden, wäre dies ein enormer Rückschlag für unser Land. Die Föderalis-



musreform ist insofern zum Erfolg verurteilt.

Derzeit läuft parallel dazu ein zweiter Verfassungsprozess: Für Europa ist durch den Verfassungskonvent eine Verfassung für Europa entworfen worden, die eine Regierungskonferenz der Mitgliedstaaten vermutlich zum Jahresende abschließen wird. Beide Verfassungsprojekte haben Bedeutung für die Machtverteilung in den entsprechenden Verfassungsorganen und Institutionen und wären damit vorentscheidend für die zukünftige Entwicklung Deutschlands und Europas. Damit ergibt sich für beide Projekte aus deutscher Sicht ein enger innerer Zusammenhang, geht es doch bei Beidem um die Kompetenz- und um die Finanzverteilung im Staat

bzw. in der Union. Für Deutschland kommt es deshalb darauf an, beide Initiativen in dieser Interdependenz miteinander zu sehen, diese zu koordinieren und zu einem homogenen Ergebnis zu führen.

Die Aufgabenverteilung und die Finanzstrukturen zwischen EU und Mitgliedstaaten müssen aus deutscher Sicht in einem geschlossenen System mit der entsprechenden Verteilung der Aufgaben und Kompetenzen zwischen Bund und Ländern aufeinander abgestimmt sein. Auf der einen Seite wächst die EU und muss ihre Handlungsfähigkeit der größeren Mitgliederzahl anpassen und zugleich lange kritisierte Defizite ihrer demokratischen Struktur wie ihrer Institutionen aufarbeiten. Will Deutschland auf der anderen Seite im Konzert einer Europäischen Union mit 25 oder mehr Mitgliedstaaten und auch in einer Welt der Globalisierung agil mitwirken, so muss es in seiner innerstaatlichen Struktur zunächst ebenfalls überfällige Hausaufgaben erledigen.

gen. Dabei geht es auch darum, Deutschland ein staatsorganisatorisches Fitnessprogramm zu verordnen, um den durch 50 Jahre Staatspraxis statisch und unflexibel gewordenen Föderalismus zeitgerecht zu modernisieren und den europäischen Entwicklungen anzupassen.

### Politikverflechtungs- falle

Vom Idealsystem eines föderal organisierten Staates sind wir derzeit weit entfernt. Zwischen Bundestag und Bundesrat kann es zu Blockaden kommen; der Bund kann im Rahmen seiner allgemeinen Gesetzgebungskompetenz über Aufgaben entscheiden, deren Kosten von den Ländern oder Kommunen zu tragen sind; die Länder haben keine Steuerautonomie; durch das geltende Finanzsystem werden Anreize zur Pflege eigener Steuerquellen behindert; Länder, die durch potentiell eigene Fehler in eine finanzielle Schiefelage geraten sind, können die Folgen auf andere Länder oder den Bund abwälzen (wie dies gerade Berlin beim Bundesverfassungsgericht einklagt); durch eine enge Interpretation der grundge-

setzlichen Bestimmung der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ werden wettbewerbliche Lösungsansätze konterkariert. Aus diesen und anderen Gründen sind die föderalen Institutionen und Entscheidungsstrukturen mitverantwortlich für den viel beklagten Reformstau in diesem Land. Deutschland steckt in einer „Politikverflechtungs-falle“.

Die Fallstricke des derzeitigen föderalen Systems mit den undurchschaubaren Finanzverflechtungen zwischen Bund, Ländern und auch den Kommunen zeigen sich derzeit exemplarisch bei der Gemeindefinanzreform. Fernab aller parteipolitischen Überlegungen liegt hier das Problem darin, dass jeder Eingriff in die Finanzströme zwischen den Ebenen das fragile und verwickelte System zugleich offenbart wie ins Wanken bringt: Die Bundesregierung will die Freiberufler zur Gewerbesteuer heranziehen, dies brächte neue Einnahmen für die Kommunen. Da einige dieser neuen Steuerpflichtigen die Gewerbesteuerzahlungen bei der Einkommensteuer absetzen können, haben auf der anderen Seite Bund, Länder und auch die Kommunen selbst dadurch Einnahme-

einbußen; denn die Einkommensteuereinnahmen werden nach dem geltenden Steuerverteilungssystem zwischen diesen Ebenen aufgeteilt. Diese Einbußen auf Seiten der Länder werden wiederum kompensiert werden über den kommunalen Finanzausgleich innerhalb eines jeweiligen Landes und zwar zu Lasten der Kommunen.

Das Ergebnis der Gewerbesteuer für Freiberufler wäre also ein finanzwirtschaftlicher Verschiebepunkt, bei dem für die neuen Steuerpflichtigen eine riesige Bürokratie mit neuen Steuererklärungs-pflichten und teilweise erhöhten Steuerpflichten entstünde. Für die Kommunen wären die Mehreinkünfte aber letztlich kaum wirklich zufriedenstellend und aus ihrer Finanzmisere hinausführend. Wiedereinmal würden durch neue Steuerquellen eine Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung für Bürger und Unternehmen bewirkt, ohne der in diesem Falle finanziell notleidenden Ebene der Kommunen wirklich zu helfen. Die Quelle dieser Misere ist die Aufgaben- und Finanzverflechtung zwischen den genannten Ebenen, bei der letztlich nur Positionen hin und her geschoben werden.



Die politischen Parteien haben die Notwendigkeit einer Neuordnung des Föderalismus erkannt. Die schwierige Haushaltssituation bei allen Gebietskörperschaften hat dazu geführt, dass auch die innerstaatlichen Finanzströme erneut in die Diskussion geraten sind. Deshalb gilt auch hier die Forderung, Bund und Ländern aber auch den Ländern untereinander jeweils mehr Gestaltungsraum zu geben, um eigenständige Entscheidungen zu treffen und unterschiedliche Lösungsmodelle in Bezug auf Besteuerungshöhe und Regelungsdichte anwenden zu können.

### Lösungsvorschläge

Zur Lösung dieser Probleme der Finanzverflechtung sind Reformmodelle entworfen worden:

- den Ländern sollte eine größere Autonomie bei den Entscheidungen über Einnahmen und Ausgaben verschafft werden (Finanzautonomie);

- beim Angebot öffentlicher Leistungen sollte möglichst die räumliche Koizidenz zwischen Entscheidungsträgern, Nutznießern und Kostenträgern erreicht werden (fiskalische Äquivalenz);

- wer für eine Aufgabe zuständig ist, der sollte auch die daraus resultierenden Ausgabenbelastungen tragen (Konnexität);

- alle Formen der Mischfinanzierung (Gemeinschaftsaufgaben, Geldleistungsgesetze, Finanzhilfen) sollten aufgegeben werden.

Aus sachlicher Perspektive ist eine der Aufgaben der Föderalismuskommission damit klar umrissen: Sie darf nicht bei den Gesetzgebungskompetenzen oder dem Gemeinschaftsaufgaben halt machen, sondern muss sich eine Reform der Finanzverfassung ebenfalls zum Ziel nehmen.

Die gesamte Agenda ist sowohl durch die Politik, durch Verbände und gesellschaftliche Gruppen, als auch die einschlägigen Staatsrechts-, Politik- und Finanzwissenschaften seit langem unterbreitet worden: Neuregelung der konkurrierenden und der Rahmengesetzgebung, Reduzierung des Bereichs zustimmungspflichtiger Gesetze, Abbau der Mischfinanzierung, Rückführung der Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91a GG, Modifizierung der Finanzhilfen nach Artikel 104a Absatz 4 GG, Überprüfung der derzeitigen Kompetenzen zur Steuergesetzgebung und der derzeitigen

Ertragsverteilung zwischen Bund und Ländern.

Das Leitprinzip sollte dabei sein, die Aufgaben-, Einnahmen- und Ausgabenverantwortung in eine Hand zu geben, um einen transparenten und verantwortlichen Umgang mit Kompetenzen und Finanzmitteln zu erreichen. Mit diesen Änderungen würden die Grundprinzipien eines föderalen Systems verwirklicht und klare Kompetenzen für politische Entscheidungen geschaffen. Das würde auch die Lösung der derzeit im Übrigen anstehenden Reform begünstigen.

Deutschland und Europa haben die Aufgabe, ihre politischen Systeme handlungsfähiger, demokratischer, bürgernäher, transparenter und vor allem subsidiärer aufzubauen. Europa schafft sich einen Verfassungsvertrag, Deutschland braucht eine Modernisierung seiner Verfassung in Bezug auf das System des Föderalismus. Beides sind dringende Modernisierungsprojekte; sie sind zugleich substantielle Voraussetzung für die Durchsetzung notwendiger Reformen wie sie in Deutschland etwa bei sozialen Sicherungssystemen, im Steuersystem auf dem Arbeitsmarkt notwendig sind.

## Auch 2004 über 80 Mrd. € neue Schulden?

### Zum Ergebnis der Koalitions-Haushaltsklausur erklärt der haushaltspolitische Fraktionssprecher:

Im fünften Jahr Rot-Grün entwickeln sich die öffentlichen Haushalte immer dramatischer. Während das Staatsdefizit 1998 noch bei 2 Prozent des BIP lag, wird es in diesem Jahr bei 4 % liegen. Der Bundesminister hat an die EU-Kommission ein voraussichtliches Defizit von 3,8 % gemeldet. Das bedeutet nach den Maastricht-Kriterien eine Rekord-Neuverschuldung von 81 Mrd. € von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialkassen in diesem Jahr! 1998 lag diese Summe noch unter der Hälfte dieses Rekordbetrages.

In internen Papieren geht das BMF schon seit Monaten von einer Überschreitung der Maastricht-Kriterien aus, was Eichel bis vor wenigen Tagen noch geleugnet hat. Offensichtlich wird die Strategie des Jahres 2002, die vor der Bundestagswahl praktiziert wurde, weiterverfolgt: Die Wahrheit wird erst eingestanden, wenn sie für jedermann offenkundig ist. Jetzt beklagen auch die Kommunalpolitiker falsche Zahlen des BMF und lehnen die



Fortführung des Gesprächs mit ihm ab. Wie lange darf eigentlich dieser Minister die Öffentlichkeit immer wieder täuschen?

Gleiches zeichnet sich für 2004 ab. Der Bundesbankpräsident hält – wie die Union – die Einhaltung des Defizitzieles für unerreichbar. Spätestens jetzt ist es an der Zeit, dass Eichel damit aufhört, Bürger und Wirtschaft Sand in die Augen zu streuen; er muss endlich die Wahrheit zu Wachstum, Beschäftigung und Staatsverschuldung sagen. Nur auf realistischer Basis lassen sich die richtigen wachstumsfördernden Maßnahmen treffen. Die „Ergebnisse“ der Haushaltsklausurtagung der Koalition sind auf dieser Basis eine Ansammlung hohler Sprechblasen.

Kein ernsthafter Wille ist erkennbar, die gewaltigen Haushaltsrisiken einzudämmen, die mit über 20 Mrd. €

allein beim Bund beziffert werden müssen. Keine Maßnahme stärkt die Investitionen. Von wirklichen Sparmaßnahmen ist nichts zu erkennen.

Angesichts des Umfangs der auf den Bundshaushalt lastenden Risiken ist die „business as usual“ – Mentalität der Koalitionshaushälter unververtretbar. Die Haushälter der Koalitionsmehrheit hätten angesichts der zu erwartenden Mehrausgaben und Mindereinnahmen im Haushalt 2004 jetzt konkret erklären müssen, ob und wie sie die Belastungen eindämmen oder finanzieren wollen und ob sie den Vorschlag der Bundesregierung mittragen, das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform überwiegend auf Pump zu finanzieren.

Wiederholt haben die Koalitionshaushälter erklärt, dass kein Haushalt das Parlament so verlässt, wie ihn die Regierung ins Parlament eingebracht hat. Haushaltsrecht sei Parlamentsrecht! Die sich daraus ergebende besondere Verantwortung der Regierungs- und Mehrheitsfraktionen haben die Koalitionshaushälter nicht wahrgenommen. Sie haben den Marsch von Schröder und Ei-



chel in immer höhere Schulden nicht gestoppt. Die Koalitions Haushälter werden auch in diesem Jahr nicht die Kraft haben, sich gegen regierungsamtlichen Unsinn, etwa bei den Kommunalfinanzen oder bei der Finanzierung der Steuerreform erfolgreich zur Wehr zu setzen, sie haben nicht einmal die Absicht hierzu erklärt.

GERDA HASSELFELDT:

## SPD-Strategie zum Verbraucherschutz enttäuschend



Anlässlich der Vorstellung der verbraucherpolitischen Strategie der SPD-Bundestagsfraktion erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Die so genannte „verbraucherpolitische Strategie“ der SPD-Bundestagsfraktion kann nur vom Umfang her beeindruckend – inhaltlich ist sie eine Enttäuschung und verdient ihren Namen nicht. Der

Leser des 85-seitigen „Strategiepapiers“ wird zwar mit ellenlangen Ausführungen zur Historie des Verbraucherschutzes, zur Wirtschafts-Theorie sowie zur Nachhaltigkeit konfrontiert – über die praktische Umsetzung und konkrete Maßnahmen erfährt er allerdings wenig. Im Gegenteil: Anstelle von Konzepten malt das Papier Schwarz/Weiß-Bilder von der bösen Industrie, die mit „Waffen“ bekämpft werden müsse und den armen schutzlosen Verbrauchern, denen das „Strategiepapier“ auch noch vorgibt, wonach sie ihre Konsum- und Kaufentscheidungen auszurichten haben.

Spannend an der „verbraucherpolitischen Strategie“ ist allein die Chronologie und der Kontext ihrer Veröffentlichung: Denn wie verträgt es sich, wenn Bundesverbraucherministerin Künast im Mai ihren „Aktionsplan Verbraucherschutz“ veröffentlicht, zugleich auf ein noch zu erarbeitendes (!) Konzept verweist und vor dessen Erscheinen die SPD-Fraktion ein eigenes „Strategiepapier“ vorlegt? Was also wird uns dann noch Frau Künast als Strategie präsentieren?

Die Unionsfraktion hat bereits im Mai dieses Jahres ein konsistentes Positionspapier Verbraucherschutz vorgelegt, das konkrete Maß-

nahmen und nicht bloße Theorie und politische Absichtserklärungen enthält. Im Gegensatz zur SPD-Fraktion gehen wir vom Leitbild des mündigen Verbrauchers aus, der eigenverantwortlich und nach seinen individuellen Prioritäten entscheidet. Hierzu setzen wir auf Information und Aufklärung anstatt ideologisch motivierte Verbraucherlenkung.

Auch in der Verbraucherpolitik gilt: Nicht die Quantität, sondern die Qualität der Konzeption ist entscheidend.

### SERVICETIPP

„Wer macht was in Parlament, Regierung und Bundesbehörden?“ „Bund transparent“ liefert in der unterdessen 19. Auflage eine Fülle von aktuellen Informationen. Das Nachschlagewerk enthält ca. 6000 Namen – vom Bundespräsidenten bis zum Referatsleiter, Telefonnummern und Anschriften vom Parlament und allen Abgeordneten, der Bundesregierung mit den Ministerien sowie den oberen Bundesbehörden. ■ **Bund transparent** und aktuell (Loseblattwerk), ISBN 3-87066-872-5 (64,90 Euro) ■ **Bund transparent** (Taschenbuch), ISBN 3-87066-816-4 (29,80 Euro)

# Leben schützen, Leben bewahren, zum Leben ermutigen

**Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU befürwortet das Konzept der „Babyklappe“ als Antwort auf eine extreme Notsituation einer Mutter und hält eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne für notwendig, um das Bekanntheit dieser und vergleichbarer Einrichtungen zu fördern und Vorurteile abzubauen.**

Das erklärte der Bundesvorstand des EAK unter Leitung des Vorsitzenden, Thomas Rachel, bei seinem Besuch im Berliner Krankenhaus. Im Gespräch mit dem dortigen Personal, das den Bundesvorstand des EAK über dortige Einrichtung der „Babyklappe“ informierte, wurden neben dem Nutzen eines solchen Hilfsangebots für Frauen in extremer Not auch die ethischen Probleme diskutiert, die sich in diesem Zusammenhang auftun.

In Deutschland kommt es Jahr für Jahr immer wieder zu geheimen Geburten, zur Aussetzung und zur Tötung von Neugeborenen. Die Hintergründe für eine Aussetzung oder gar Tötung eines Kindes sind vielschichtig und entsprechende Fälle sind in allen Bereichen der Gesellschaft zu



finden. Die Einrichtung einer „Babyklappe“ ist dabei eines unter mehreren präventiven Angeboten, die Hilfe in akuter Not leisten und jenen Frauen Schutz vor gesellschaftlicher Diskriminierung bieten, die ihrer Aufgabe als Mutter nicht gerecht werden können. Es will Hilfsangebot für Frau und Kind sein, dient dem Lebensschutz des Kindes durch Inobhutnahme und gegebenenfalls auch der Frau durch Beratung und Unterstützung. Ziel ist es, die Aussetzung oder gar Tötung eines Neugeborenen zu verhindern und den betroffenen Frauen Hilfe und Unterstützung auf der Suche nach einer tragfähigen Lebensperspektive zu leisten.

Kritiker der „Babyklappe“ betonen das Recht des Kindes, seine Herkunft erfahren zu können. Der EAK ist der Ansicht, dass das Recht auf Kenntnis der eigenen Ab-

stammung nicht über dem Schutz des Lebens und der Gesundheit stehen darf. Im Vordergrund müsse stets das Leben von Mutter und Kind stehen. „Es ist gut für ein Kind, seine Herkunft zu kennen, wichtiger aber ist es zu leben“, erläuterte Thomas Rachel. Der Bundesvorstand erfuhr, dass die überwiegende Zahl der Mütter den in der Babyklappe stets hinterlegten Identifikationsbrief mitnehme und bereits nach kurzer Zeit aus ihrer Anonymität heraustrete. Nicht selten gelinge es in der seelsorgerlichen Begleitung, dass die Mütter sich schließlich doch für ein Leben mit ihrem Kind entscheiden. Der EAK hob hervor, dass die Inanspruchnahme einer „Babyklappe“ stets in ein umfassendes Beratungs- und Hilfsangebot eingebunden sein müsse.

Der Bundesvorstand des EAK hat beschlossen, einen Antrag auf dem kommenden CDU-Bundesparteitag einzubringen, um das Hilfsangebot „Babyklappe“ bundesweit zu unterstützen.

Resolution „Babyklappe“ des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Download auf [www.evangelischer-arbeitskreis.de](http://www.evangelischer-arbeitskreis.de).



# Studie: Die Stunde der Phantasten

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wirft in einem Arbeitspapier Politikern von SPD und Grünen, Journalisten und selbsternannten



Konrad-Adenauer-Stiftung

**Experten gravierende Fehlprognosen während des Irak-Krieges vor. Viele düstere Vorhersagen über den Kriegsverlauf seien nicht eingetroffen, heißt es in der Studie. Ziel müsse es daher sein, in künftigen Krisen nicht wieder „den gleichen Zukunftsdeutern und Phantasten aufzusitzen“.**

Viele dieser „Lehnstuhlstrategen“ kommen aus den Reihen der rot-grünen Koalition. So habe SPD-Generalsekretär Olaf Scholz geschätzt, dass der Krieg „vielleicht hunderttausenden unschuldigen Menschen das Leben kostet“. Die möglichen Opferzahlen schossen jedoch weiter inflationär in die Höhe. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) dachte der Studie zufolge „an die Millionen Menschen in Bagdad, die Opfer von Bomben und Raketen werden“. Auch Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieceorek-Zeul (SPD) hielt ihre Einschätzung der Kriegsfolgen nicht hinter dem Berg. Es sei

anzunehmen, dass „hunderttausende von unschuldigen Menschen, Zivilisten, Kinder, Frauen“ Opfer der Kampfhandlungen würden. Außerdem müsse mit zwei bis drei Millionen Flüchtlingen gerechnet werden. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) sei davon ausgegangen, dass der Krieg „Tausenden von unschuldigen Kindern, Frauen und Männern den sicheren Tod bringen wird“.

Auch bei den Grünen versuchten sich die Politiker außenpolitisch zu profilieren. So verkündete etwa Bundesumweltminister Jürgen Trittin mit wissenschaftlicher Attitüde: „Dem Bundesumweltministerium liegen verschiedene Studien vor, darunter UN-Dokumente. Danach wird mit 40.000 bis 200.000 Opfern von militärischen Aktionen gerechnet. Es wird befürchtet, dass bis zu 200.000 weitere Menschen an den mittelbaren Folgen eines Krieges sterben. Wahrscheinlich ist, dass die Opfer unter der Zivilbevölkerung auf Grund

der herrschenden Armut und des schlechten Gesundheitszustandes immens wären. Millionen Kinder wären sicherlich die Hauptleidtragenden.“

Mittels all der genannten Zahlen hätten die rot-grünen Politiker, dem zu erwartenden Krieg eine entsetzliche Dimension geben wollen. Das gleiche sollten auch alarmierende Vokabeln bewirken. Claudia Roth etwa, Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, sprach von einer bevorstehenden „humanitären Katastrophe“ und einem möglichen „Super-GAU“ als Folge des Krieges.

Es bestehe kein Zweifel daran, dass im Irak-Krieg „zu viele Menschen ums Leben kamen“, schreiben die Autoren Markus Bodler und Karl-Heinz Kamp weiter. Allerdings liege ihre Zahl weit unter den Befürchtungen, die vor und während der Kämpfe geäußert wurden, „selbst wenn es nach wie vor keine zuverlässigen Schätzungen über die Opfer auf irakischer Seite gibt“.

<http://>

Download der Studie:  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

**Broschüre „Jeder kann etwas bewegen.“**

Angela Merkel

Bestell-Nummer: 5942

Preis je **100 Stück: 20,00 €**  
inkl. MwSt.: 21,40 €



**Broschüre „Die CDU.“**

Mitgliederwerbeproschüre der CDU Deutschlands

Bestell-Nummer: 5076

Preis je **50 Stück: 18,50 €**  
inkl. MwSt.: 19,80 €

**Aufnahmeantrag**

mit abtrennbarem Abfragebogen  
für Zusatzangaben

Bestell-Nummer: 6719

Preis je **200 Stück: kostenlos**



**Service-Scheckheft  
der CDU Deutschlands  
zur Mitgliederkampagne**

Bestell-Nummer: 9075

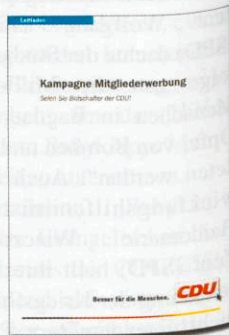
Preis je **50 Stück: 15,75 €**  
inkl. MwSt.: 18,27 €

**Leitfaden**

„Kampagne Mitgliederwerbung“

Bestell-Nummer: 4019

Preis je **25 Stück: 14,50 €**  
inkl. MwSt.: 15,52 €





Auch bei herbstlichem Wetter –  
mit der CDU-Bekleidung sind Sie für  
Straßenaktionen bestens ausgerüstet.

### Windbreaker „CDU“

100% Nylon, dunkelblau, Futterstoff dunkelblau:  
65% Polyester, 35% Baumwolle.  
Ausstattung: Vorder und Taschenreissverschluss,  
Bündchenregulierung durch Zugband, mit Stopper  
und integrierter Kapuze.

Bestell-Nummer Größe L: **9840**  
Bestell-Nummer Größe XL: **9841**  
Bestell-Nummer Größe XXL: **9842**

Preis je Windbreaker: **28,00 €**  
inkl. MwSt.: **32,48 €**



### Baseball-Cap „CDU“

100% BW, dunkelblau, auf Kopfgröße  
einstellbar, Schirm individuell formbar.  
Bestell-Nummer: **9839**  
Preis je **10 Stück**: **27,00 €**  
inkl. MwSt.: **31,32 €**

### CDU-Regenschirm

Bestell-Nummer: **9658**  
Preis je **1 Stück**: **7,70 €**  
inkl. MwSt.: **8,93 €**





Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.

## Wandzeitung für die Mitgliederwerbung

# Viel bewegen. Mitglied werden.



Besser für die Menschen.

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand im Rahmen der Mitgliederwerbungskampagne. Alle Kreisverbände haben 30 Expl. kostenlos erhalten. Weitere Exemplare können bei Bedarf kostenlos angefordert werden. Ihre Bestellung richten Sie bitte an: [bestellung@ubg-medienzentrum.de](mailto:bestellung@ubg-medienzentrum.de)